



## AcTVism Munich Interview mit Yanis Varoufakis Teil 2

**Zain Raza:** Ich möchte über Privatisierung sprechen. Im Dezember 2015 hat ein deutscher Flughafenbetreiber Namens FRAPORT den Zuschlag bekommen, 14 regionale griechische Flughäfen zu betreiben und zu unterhalten. Laut ihrer Website besitzt die Lufthansa circa 8,45% der Anteile von FRAPORT. Hat die griechische Bevölkerung von dieser Privatisierung profitiert?

**Yanis Varoufakis:** Ich habe eine offene Haltung gegenüber Privatisierung. Wenn mich Leute fragen, ob ich für oder gegen die Privatisierung bin, ist meine Antwort: Es kommt darauf an – welche Privatisierung und unter welchen Bedingungen. Wenn es etwa um die Privatisierung einer Telefongesellschaft geht, der griechische Telefongesellschaft, finde ich nicht, dass das eine schlechte Idee war. Aber wenn Sie mich nach der Privatisierung des Stromnetzes fragen, bin ich strikt dagegen, da das nie funktioniert. Sobald man ein solches natürliches Monopol privatisiert, ist das Resultat Ineffizienz und Korruption wie etwa in Kalifornien.

Zur Frage der griechischen Regionalflughäfen: Selbst wenn man ein Neoliberaler ist, der an Privatisierung glaubt, sollte man den Verkauf aller 14 Regionalflughäfen an einen einzigen Konzern in Frage stellen. Als Margaret Thatcher im Namen der neoliberalen Agenda die Privatisierungen einführte – ich habe dagegen gekämpft, ich habe zu der Zeit in England gelebt und gegen Thatchers Politik demonstriert – also, ich glaube nicht, dass Thatcher je in Erwägung gezogen hätte, alle Flughäfen an ein Unternehmen zu verkaufen, denn der Sinn der Privatisierung war ja, Wettbewerb in den Markt zu bringen. Es gibt keinen Wettbewerb, wenn eine Gesellschaft alle Flughäfen kauft. Ich fürchte daher, dass die Tatsache, dass die griechische Regierung, streng genommen alle griechischen Regierungen seit 2010, keine Kontrolle über ihre Agenda zur wirtschaftlichen und sozialen Reformpolitik hat, zu Abkommen von kolonialem Typ führen, die letztlich der Wirtschaft nichts nützen und der Bevölkerung das Gefühl geben, erniedrigt und ausgebeutet zu werden. Und das ist nie ein guter Hintergrund, wenn man ein Land reformieren will.

**Zain Raza:** Machen wir weiter mit Themen, die meiner Meinung nach zu wenig Aufmerksamkeit bekommen. Wolfgang Schäuble hat, gefolgt von den Medien, viel Wirbel um die moralische Verpflichtung Griechenlands zur Zahlung seiner Schulden gemacht. Die Medien hier in Deutschland haben aber nicht viel zur moralischen Pflicht gesagt, das Leid der griechischen Bevölkerung zu beenden. Ich möchte die „Absichtserklärung“ und ihre Vereinbarkeit mit der „Erklärung der Menschenrechte“ prüfen und habe dazu zwei Artikel dieser Erklärung ausge-

sucht. Lassen Sie uns diese gemeinsam durchgehen; ich möchte Ihre Meinung hören, ob die beiden „Erklärungen“ miteinander vereinbar sind oder nicht.

#### Artikel 1

**„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“**

#### Artikel 1

**„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“**

#### Ihre Meinung?

**Yanis Varoufakis:** Das ist ein sehr schöner Text, aber er hat keine wirkliche Relevanz für die Politik der europäischen Troika, wie jeder weiß, der Erfahrungen mit deren Machenschaften gemacht hat. Ich möchte hier einen ganz simplen Punkt machen: Der Kapitalismus blühte erst auf, als das Moralisieren über Schulden aufhörte. Erinnern wir uns, dass es im 19. Jahrhundert Schuldengefängnisse gab. Wer als Geschäftsmann die Fähigkeit verlor, seine Schulden zu begleichen, landete im Schuldturm – man war als Mensch effektiv am Ende und verlor seine Menschenrechte und seine Würde.

Der Kapitalismus startete erst richtig durch, als die beschränkte Haftung eingeführt wurde. Man kann dann eine Geschäft gründen und scheitern, aber das heißt nicht, dass die Kinder im Schuldengefängnis landen. Wenn wir mitten in einer Krise, wie wir sie jetzt in der Europa erleben, wieder mit diesem Moralisieren anfangen, untergraben wir in Wirklichkeit nur die eigenen Prinzipien des Kapitalismus, und heutzutage braucht es sogar einen Linken, um das zu sagen. Aber auch für einen Liberalen, der an die Fähigkeit des Marktes glaubt, Wunder an Wachstum und Stabilität und so weiter zustande zu bringen, ist diese Art des Moralisierens und Schuldzuweisens nicht hilfreich und sollte aufhören. Vergessen wir auch nicht, dass Deutschland 1953 die Möglichkeit gegeben wurde, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen, was nur dem Beharren der USA auf der Londoner Konferenz von 1953 geschuldet war, dass diese mehr als 60% der deutschen Schulden abschreibt, damit die durch die Ansprache von US-Außenminister Byrnes in seiner Stuttgarter Rede von 1946 in Deutschland geweckten Hoffnungen erfüllt werden konnten. Wenn wir wegen Schulden, die nie hätten angehäuft werden dürfen, eine ganze Generation zu permanenter Armut verdammen, leisten wir Europa einen außerordentlich schlechten Dienst.

**Zain Raza:** Reden wir ganz kurz über die Medien. Sie sind von der Labour Party zu einer Reihe von Gesprächen eingeladen worden. Jeremy Corbyn, ein Sozialist, ist vor einigen Monaten zum Vorsitzenden der Partei gewählt worden. Die Medien in England haben Sie wütend attackiert, und selbst der *Guardian* berichtete negativ über Sie und bezeichnete Sie als „Anti-EU“. Was denken Sie Ihrer Erfahrung nach, wie sich die Linke gegen solche Angriffe der Medien der Mitte und der rechten Presse schützen kann?

**Yanis Varoufakis:** Sie ignorieren und eine vernünftige, rationale Politik artikulieren, die am Ende durch die Kraft ihrer Rationalität und Angemessenheit die von den Medien aufgerichteten Barrieren der Verzerrung durchbrechen und zu Verstand und Herz der Menschen durchdringen kann. Ent-medialisierung ist das Gebot der Stunde – dass wir uns direkt an die Bevölkerung wenden und die Medien links liegen lassen. Dann werden die Medien ihre Positionen ändern.

**Zain Raza:** Was ebenfalls kaum bekannt ist oder diskutiert wird, ist die ganze Atmosphäre während des Verhandlungsprozesses – was die Politiker erleben, der Zeitaufwand, die Deadlines, und so weiter. James Galbraith erwähnte ja, dass die ganzen Verhandlungen in der Europäischen Union sehr chaotisch waren und auch unser Berichterstatter aus Griechenland sagte, dass es für die zurückkehrenden griechischen Politiker nie genug Zeit gab, eine echte Debatte zu führen und der Öffentlichkeit alle neuen Vorschläge zu präsentieren. Könnten Sie über Ihre Erfahrungen in den Verhandlungsprozess berichten?

**Yanis Varoufakis:** Es ist sogar noch schlimmer [lacht].

**Übersprechen von Zain Raza: Es ist sogar schlimmer? [lacht]**

**Yanis Varoufakis:** Henry Kissinger sagte einmal: „Wenn ich mit den Führern Europas reden will, weiß ich nicht, wen ich ansprechen soll, wen ich anrufen kann, ich habe keine Telefonnummer.“ Das war genau das Gefühl, das ich allmählich bekam. Wir verhandelten, angeblich, mit Europa. Aber Europa trat uns als Troika – drei Institutionen – gegenüber, und jede von ihnen hatte ihre eigene Agenda und diese Agenden kollidierten miteinander. Der IMF etwa, der Internationale Währungsfond, hatte viel Sympathie für unsere Position. Der erste wichtige Teil der Abmachung sollte ein Schuldenschnitt sein, um die Makroökonomie stabilisieren zu können und so die griechische Wirtschaft und Gesellschaft reformierbar zu machen. Die Kommission fürchtete die Positionen mehrerer Finanzminister, die eisern darauf beharrten, es dürfe keinen Schuldenschnitt geben, und blockte ab, und die Europäische Zentralbank wiederum hat ebenfalls ihre Agenda.

Innerhalb der Institutionen sprach man mit dem Kommissionschef und bekam die eine Meinung, dann sprach man mit jemand weiter unten in der Hierarchie und hörte eine komplett andere Meinung. Sie können sich vorstellen, wie frustrierend es ist, wenn man nicht weiß, mit wem man überhaupt verhandelt. Die andere Seite ist sowohl vertikal, innerhalb der Institutionen, als auch horizontal, zwischen den Institutionen, fragmentiert. Ich möchte hier etwas erwähnen, was unsere Zuhörer besonders überraschen könnte, weil sie es vermutlich nicht wussten, aber es ist absolut wahr – wir bekamen von der anderen Seite gar nie einen Vorschlag. Sie meinten vorhin, wir hätten keine Zeit gehabt, um zurückzugehen und mit dem Parlament, dem Kabinett oder der Gesellschaft als Ganzer über die Vorschläge, die uns gemacht wurden, zu diskutieren. Aber wir hatten bis zum 25. Juni 2015, als wir das Ultimatum bekamen, gar keine Vorschläge vorliegen! Während der Verhandlungen von Januar bis Juni war es wie die Reise nach Jerusalem – man fragte uns nach unserer Politik zur Privatisierung, wir präsentierten unsere Privatisierungspolitik, sie waren nicht unserer Meinung, und sie sagten „OK, was ist mit der Mehrwertsteuer?“ Dann sprachen wir über die Mehrwertsteuer und sie lehnten unsere Vorschläge ab. Selber machten sie nie Vorschläge!

**Zain Raza: Und Sie haben sogar 500 Steuerberater aus Deutschland vorgeschlagen, oder?**

**Yanis Varoufakis:** Da gab es alles Mögliche. Ich habe sogar eine Schuldenbremse vorgeschlagen, was eine sehr deutsche Sache ist, aber es wurde ignoriert. Ich möchte das hier ganz klar sagen – es gab auf der anderen Seite nie die Absicht, ein normales Abkommen mit uns zu erreichen. Das alleinige Ziel war, eine Regierung zu demütigen, die es wagte, ihnen ins Gesicht zu sagen, dass das Programm, das die Troika während der letzten fünf Jahre in Griechenland durchgesetzt hatte, ein Fehlschlag war. So einfach ist es. Es war die nackte Machtpolitik, wie im 19. Jahrhundert.

**Zain Raza:** Nun zu meiner letzten Frage und ich möchte hier ansprechen, was unseres Erachtens die fundamentalen Aspekte der Krise sind, oder ein Teil dieser Aspekte. Es gibt ein YouTube-Video mit einer Vorlesung von Vivek Chibber, Professor für Soziologie und Politik, das seit 2007 kursiert. Darin spricht er darüber, dass der Staat eine eingebaute strukturelle Haltung gegen die Arbeitnehmer hat und stattdessen das Kapital bevorzugt. Er erwähnt, dass selbst dann, wenn linke Parteien an die Macht kommen, das erste, was sie machen, noch bevor sie die Bedürfnisse der Wähler überhaupt bedenken, der Gang zu den Investoren ist. Dass die Investoren, wenn sie mit dem Ausgang der Wahl und der Parteienverteilung unzufrieden sind, in Form eines Investitionsstreiks in Aktion treten können, mit dem sie der Regierung dringend benötigte Gelder für staatliche Programme entziehen. Am Ende resignieren die gleichen Leute, die eine linke Partei gewählt haben, und stimmen für eine andere Partei, und wählen so die Linke wieder ab.

**Was halten Sie von diesem Argument? Und glauben Sie, dass das Eintreten für Reformen ohne massive Mobilisierung funktionieren kann? Das ist der erste Teil der Frage.**

**Und dann: Sind wir dazu verdammt, für immer gegen das Kapital kämpfen zu müssen? Oder gibt es eine Alternative?**

**Yanis Varoufakis:** Nun, Sie sprechen mit einem Linken und so ist ziemlich vorhersehbar, was ich sagen werde. Natürlich haben wir kein neutrales Spielfeld. Wenn man eine Agenda hat, die von den Gewinnen zu den Löhnen umverteilen will, wenn man eine Agenda zur Besteuerung der oberen 0,1 Prozent hat, um Niedrigrenten zu erhöhen – dann steht man vor einem harten Kampf, weil es ein „Dreieck der Sünde“ gibt, wie ich es gern nenne, das sich dagegen kompromisslos wehren wird, was auch vollkommen normal und nur zu erwarten ist. Zu diesem Dreieck gehören die Eigentümer der Medien, das Banken-Establishment des Finanzsektors und diejenigen, die, was Aufträge und Entwicklung und so weiter betrifft, eine sehr innige Beziehung zum Staat haben.

Aber in Ländern wie Großbritannien, Indien, den Vereinigten Staaten, Kanada hat man wenigstens eine Chance. In Europa stehen die Dinge viel, viel, viel schlimmer, und der Grund dafür ist, dass wir kein Parlament haben, das in der Lage ist, die Exekutive wirksam zu kontrollieren. So gibt es eine Arbeitsmarktpolitik, es gibt eine Steuer- und Budgetpolitik, es gibt eine monetäre Politik, aber es gibt kein Parlament, das auch nur theoretisch denen, die diese Politik unter sich ausmachen, sagen kann: „Wissen Sie was, Sie sind gefeuert!“.

In den USA gibt es den Kongress, in Großbritannien gibt es das Unterhaus, und selbst das Oberhaus hat etwa die Möglichkeit, Schatzkanzler George Osborn bestimmte Beschränkungen aufzuerlegen. In Europa haben wir ein Europaparlament, aber dieses kann per *definitionem* und von vornherein keine Gesetze erlassen. Also haben wir eine „Eurogruppe“, die all diese Entscheidungen, wie zum Beispiel zum Arbeitsmarkt in Griechenland, trifft, aber es gibt kein Parlament, das die Eurogruppe abberufen kann. Die Tatsache, dass ein griechischer Finanzminister oder ein deutscher Finanzminister vom griechischen oder vom deutschen Parlament entlassen werden kann, spielt hier gar keine Rolle, da das griechische Mitglied der Eurogruppe dann vors griechische Parlament tritt und sagt, „Ich habe dem, was die Eurogruppe gemacht hat, nicht zugestimmt!“ Und vielleicht hat er oder sie das auch nicht getan. So haben wir einen fundamentalen Mangel an liberaler Demokratie, selbst bürgerlich-kapitalistischer liberaler Demokratie, und der Kampf um die Rechte auch der Schwachen ist an einem Ort wie der Eurozone unendlich viel schwieriger als in den USA oder Großbritannien.

**Zain Raza: Yanis Varoufakis, vielen Dank, dass Sie heute bei uns waren!**

**Yanis Varoufakis: Danke!**

**Zain Raza: Und das war's vom Team aus München. Bitte besuchen Sie uns auf [www.acTVism.org](http://www.acTVism.org)!**

**Danke, dass Sie eingeschaltet haben!**